



GORLEBEN Rundschau

Herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. Sonderausgabe 28. Mai 2011



Castortransport nach Gorleben 2010 - 50.000 Atomkraftgegner treffen sich nahe dem Verladekran zur Auftaktveranstaltung Foto: R. Zedow

AtomWende 2.0

Die energiepolitische Wende mobilisiert alle Gesellschaftsschichten und verändert die Welt

Von Wolfgang Ehmke
Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e.V.

So ändern sich die Zeiten. Gestern noch rief Angela Merkel die „Energiewende“ aus. Gemeint war die Laufzeitverlängerung der deutschen Atomkraftwerke. Die „Brückentechnologie“ sollte den Einstieg in die Nutzung der Erneuerbaren Energien fördern. Das war äußerst schlecht getarnte Lobbypolitik im Interesse des Profits der Energie-Multis.

Dann kam Fukushima

Ein Super-GAU in einer Industriena-tion der Spitzenklasse. Da half kein Verweis mehr auf höhere Sicherheitsstandards bei uns, wie nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl von interes-sierter Seite argumentiert wurde. Die Atomapologeten wurden kalt erwischt. Three Miles Island, Tschernobyl, Fukushi-ma - die Wirklichkeit holt die Wahr-scheinlichkeit ein. Gespenstisch, dass tatsächlich bei einem angenommenen „Restrisiko“ von 1.000.000 Jahren bei über 400 Atomkraftwerken weltweit alle 25 Jahre ein Reaktor schwerst havariert. Die Kanzlerin pokert geschickt mit der Macht. Das dreimonatige Moratorium für die sieben ältesten Atomkraftwerke und das „Krümmel-Monster“ sollten den Regierungsparteien erst einmal Luftver-schaffen. Die Anti-Atom-Stimmung im Lande, so ihr Kalkül, würde wieder abkling-en, wenn aus Japan nicht noch weitere grässliche Nachrichten kämen. Zum Glück plauderte Rainer Brüderle, der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister, vor Industriellen aus, dass die Angst vor miesen Wahlergeb-nissen das wahre Motiv des Moratoriums war und ist. Es dauerte auch nicht lange-bis E.on, RWE, Vattenfall und EnBW aus

ihrer Schockstarre erwachten. Zunächst wurde „billiger“ Atomstrom importiert, dann brach die Debatte los, wie schnell ein Atomausstieg zu machen sei ohne die drastische Erhöhung von Stromprei-sen. Hinter den Kulissen wird mächtig um die Zauberformel gerungen, wie die Profitinteressen der vier Energie-Multis gewahrt bleiben, zugleich aber die „Zä-sur“ in der Energiepolitik glaubhaft rüber kommen kann. Jedes Atomkraftwerk, das doch wieder ans Netz geht, kann den al-ten Atomkraft-Parteien zum (Wahl-) Ver-hängnis werden.

Hunderttausende gingen und gehen für den Sofortausstieg auf die Straße. Gestern noch bespöttelt, erweist sich diese weitge-hende Forderung als die einzig richtige. Selbst das Umweltministerium bestritt, dass es Versorgungsengpässe gibt und dass Deutschland zum Nettoimporteur werde. Die wetterunabhängig gesicherte Kraftwerkskapazität in Deutschland ist immer noch größer als der höchstmög-liche Strombedarf.

Die Energiewende

Die wirkliche Energiewende liegt in der Einsparung von Strom, in der dezentralen Energieerzeugung, die auch die viel beschworenen neuen Stromtrassen überflüssig machen würde, und in der Steigerung der Energieeffizienz. Die En-ergie-Multis können nur „groß“, Wind-parks off-shore, Solarkraft in der Wüste – schicken wir sie endlich in die Wüste. Was bleibt, das sind die Hinterlassen-schaften dieser hochriskanten Techno-logie, die Atommüll-Berge. Das ist die andere Seite der menschlichen Hybris, für eine Million Jahre sollen und müssen diese sicher vor der Biosphäre abgeschlos-senwerden - ein Ding der Unmöglichkeit. Bisher steht der Müll oberirdisch herum,

kraftwerksnah oder in den Zwischen-lagern Ahaus, Lubmin und Gorleben. Und nur in Gorleben wird im Salzstock, unbeirrt trotz aller katastrophalen ge-ologischen Befunde – z.B. Wasserkon-takt, Gaseinschlüsse, Tiefbohrungen vor 100 Jahren in den Salzstock hinein zur Kaligewinnung das Endlager wei-ter ausgebaut. Getarnt als „vorläufige Sicherheitsanalyse“ soll das Bergwerk bis zur Genehmigungsreife ausgebaut werden, ohne Öffentlichkeitsbeteili-gung. In der Asse II, dem Referenzmodell für Gorleben, kam es zu einem GAU, dem unbeherrschbaren Wasserzufluss. Gab es danach auch ein Innehalten, eine Zäsur, ein Umdenken in der Atommüllpoli-tik? Nein, in Gorleben wurde das Moratori-um aufgehoben und die Castortransporte rollen weiter ins Wendland. Ein Castor-Behälter enthält das Zweihundertfache des radioaktiven Inventars der Asse II.

Wir schreiben Geschichte

Auch in diesem Jahr wird das Wendland wieder Schauplatz der Proteste und des Widerstands gegen die Castortrans-porte sein. Im November ist es das 13. Mal so weit, und wir werden dafür sor-gen, dass zigtausende mit Nachdruck den Sofortausstieg fordern und das Atommülldesaster in den Fokus der po-litischen Auseinandersetzung rücken.

Gorleben gehört auf den Misthaufen der Nukleargeschichte. Damit wir Geschichte schreiben, schreibt euch den Termin fest in euren Kalender und unterstützt uns wie in den Jahren zu-vor. Gemeinsam gehen wir es an.

Die energiepolitische Wende kommt nicht aus Berlin, sie kommt von unten und sie kommt auch aus dem Wendland.

Heute wird in 21 Städten für den Sofortausstieg demonstriert

Die AtomkraftgegnerInnen aus dem Wendland unterstützen den Protest in Hamburg, Hannover, Uelzen und überall.

Merkels Miniausstieg

„Es war schon ein Witz, dass Bundesum-weltminister Norbert Röttgen (CDU) die Reaktorsicherheitskommission (RSK) als Gutachter für die Sicherheitsüberprü-fung der Atomkraftwerke bestellte“, kri-tisiert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Im Kern begutachte sich die Lobby selbst. Ihr Resümee sei von daher absehbar ge-wesen: zwar wiesen die alten AKWs Si-cherheitsmängel vor allem gegen Flug-zeugabstürze auf, die meisten könnten aber nachgerüstet werden. Und so ist absehbar: „Sicherheit wird von den Ber-liner Machthabern kleingeschrieben, die Lobbyinteressen der AKW-Betreiber ganz groß“, kommentiert BI-Sprecher Wolf-gang Ehmke das Votum dieses Gremiums. Das Zurückrudern der Anti-Atom-Wen-dehäse in der schwarz-gelben Koalition habe längst begonnen. Um so wichtiger sei es, dass der Protest auf der Straße wei-ter gehe, damit nach Ablauf des Morato-riums klar werde, die Strategie der Kanz-lerin Angela Merkel geht nicht auf, die Lage wird sich nicht beruhigen.

Atomausstieg jetzt und sofort!

Zwischen Adel und Revolte Weltbürgerpreis für Anna von Bernstorff

Die Freiburger Kantstiftung hat Anna von Bernstorff mit dem Weltbürgerpreis geehrt. In der Laudatio wurde u. a. die „konkretive Dissonanz zwischen Adel und Revolte“ gelobt.

Frau von Bernstorff unterstrich in ihrer Dankesrede überzeugend und beschei-den, dass sie die Ehrung als „Stellvertre-terin und Stimme des Widerstands gegen eine Energiepolitik, die wir nicht für verantwortbar halten“ entgegennimmt.

Wir gratulieren Frau von Bernstorff ganz herzlich - Mitglied der BI von An-fang an - und hoffen sie beim näch-sten Castortransport wieder mit einer kreativen Aktion zu erleben. Einen Teil des Preisgeldes erhält die BI für ein Gutachten zur Unsicherheitsaussage des Salzstocks. Auch hierfür DANKE!

Das Wetter in Gorleben

WEIN DANKE	Ortsmitte	Zwischenlager
	23°	46°

Pfingsten nach Gorleben

GORLEBEN VERSALZEN

Wir leisten Widerstand gegen den Endlagerschwarzbau

mit entschlossenen Aktionen vom 10. bis zum 17. Juni 2011
www.gorleben-versalzen.de

Gorleben eignet sich nicht als Endlager

Der Physiker Heinz Nickel 30 Jahre nach seiner Erkenntnis als Zeuge im Untersuchungsausschuss Gorleben

Von Jessica Rodenbeck
Landes-Zeitung Schaumburg-Lippe

Schon 1980 hat der Obernkirchener Physiker Heinz Nickel die Gesteinsschichten des potenziellen Endlagers Gorleben untersucht. Und er ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sich der Salzstock nicht für ein Atommüll-Endlager eignet. Doch seine Erkenntnisse wurden nicht etwa freudig aufgenommen, sondern von den unterschiedlichsten Stellen vertuscht. Er erlebte Zurückweisung durch Ämter, Unverständnis von Politikern und sogar Zensur seiner wissenschaftlichen Texte. Erst im Alter von 80 Jahren bekommt Heinz Nickel jetzt doch noch die Gelegenheit, seine Forschungsergebnisse zu präsentieren: Am 11. November war er als Zeuge vor den Bundestags-Untersuchungsausschuss „Gorleben“ in Berlin geladen.

Späte Genugtuung

„Die Aussage vor dem Ausschuss ist das i-Tüpfelchen auf meiner Karriere“, sagt Heinz Nickel. Und er hat lange für diese Möglichkeit gekämpft.

1958 machte der Diplom-Physiker seinen Abschluss an der Universität Hannover. Noch im selben Jahr fand er eine Stelle bei der neu eingerichteten Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover. „Ich war froh, sofort einen Job gefunden zu haben“, erinnert sich Nickel. „An Promotion war damals nicht zu denken. Dafür fehlte so kurz nach dem Krieg einfach das Geld.“

Einen ersten Schritt Richtung Gorleben machte Nickel von 1967 bis 1977, damals jedoch ohne zu wissen, in welchem brisanten Gebiet seine Erfindung einmal zum Einsatz kommen würde. „Ich entwickelte eine elektromagnetische Messmethode, die es ermöglicht, im Kalibergbau mittels Radiowellen das geplante Abbaugelände zwischen zwei Bohrlöchern zu untersuchen.“ Bei dieser Methode wird mit Radiowellen ein Bild des Abbaugeländes erzeugt, das in etwa dem eines Computer-Tomographen ähnelt. Gefährliche Wassereinschlüsse in dem Berg können so schon ausgemacht werden, bevor die Bergleute ein Abbaugelände anfahren, was die Sicherheit im Bergbau enorm erhöhte. „1977 begann man dann, über ein Endlager für die hoch radioaktiven Abfälle der Atomkraftwerke nachzudenken.“

Nickel wurde beauftragt, seine bisher nur im Bergbau angewandte Methode so zu verändern, dass sie auch bei den Bohrungen in Gorleben eingesetzt werden kann. „Das war gar nicht so einfach“, sagt er heute. „Im Bergbau waren die Geräte etwa 50 Kilogramm schwer. Jetzt mussten wir sie so verändern, dass sie in einer Bohrlochsonde Platz fanden, die nur einen Durchmesser von 90 Millimetern hatte.“ Doch mithilfe eines Elektroniklabors, das sich auf Bohrlochsonden spezialisiert hatte, gelang die Aufgabe. Die ersten Messungen im Frühjahr 1981 machten den Physiker jedoch gleich stutzig. In vergleichbaren Salzschichten konnten die Radiowellen der Anlage problemlos eine Strecke von 4000 Metern überwinden. In Gorleben kam aber schon nach 2000 Metern nichts mehr bei den Empfängern an. Nickel kam folglich zu der Erkenntnis, dass sich das Salzgestein in Gorleben in seinem Aufbau von allen anderen bisher bekannten unterscheiden müsste. „In dem Salz muss etwas drin sein, was untypisch ist und was zu einer Gefahr für den Salzstock werden könnte“, erklärt er seine damalige Schlussfolgerung. „In der Salzschicht könnten kleine Wassereinschlüsse sein. Wenn man dort einen Castor-Behälter hineinstellt, der durch den radioaktiven Inhalt Hitze produziert, könnte das dazu führen, dass sich das Salzgestein verändert.“ Kleine Salzkristalle könnten sich auflösen, die eingeschlossene Flüssigkeit könnte sich

ihren Weg Richtung Castor bahnen und den Behälter zum Rosten bringen. „Auf diesem Weg könnte die radioaktive Strahlung das Grundwasser erreichen.“

Nickel erstellte für seinen Arbeitgeber, die BGR, einen Bericht über seine Messungen und wies dabei auf die „zechstein-untypischen“ Messergebnisse hin. „Und genau der Begriff ‚zechsteinuntypisch‘ begleitete mich dann in den nächsten Jahrzehnten.“ Denn der Empfänger des Berichtes, die Physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB), schien mit Nickels Ergebnis nicht glücklich zu sein. „Die haben mein Gutachten 1983 in der Stellungnahme, anhand der die Politiker über Gorleben entscheiden sollten, einfach unter den Tisch fallen lassen.“ Selbst seine Zusammenfassung, die nur eineinhalb Seiten lang war, sei nicht beachtet worden.

Das war Zensur

1986 und 1989 bestätigte er seine Ergebnisse dann noch einmal, indem er Bohrkerns, also Gesteinsproben, aus Gorleben untersuchte und deren elektrische Eigenschaften bestimmte. „Später machte ich dann einen erneuten Versuch, meine Erkenntnisse an die Öffentlichkeit zu bringen.“ Er schrieb im Jahr 1991 einen Beitrag für das geologische Jahrbuch, in dem er auch auf die Ergebnisse aus Gorleben einging. „Doch alle kritischen Passagen wurden auch

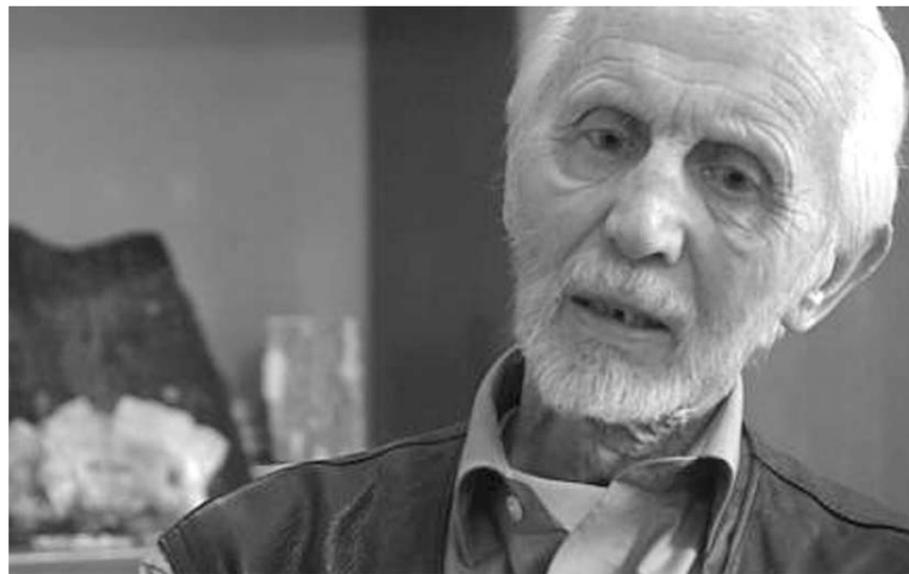
hier einfach herausgelassen.“ Nickel erfuhr davon erst, als er nach dem Druck ein Exemplar in den Händen hielt. „Das war Zensur“, sagt er heute. „Aber ich hätte nicht erwartet, dass es acht Jahre nach meinem ersten Bericht immer noch einen so starken Wunsch gibt, meine Erkenntnisse zu verheimlichen.“

Auch nachdem er 1992 aus dem aktiven Berufsleben ausschied, ließ Nickel das Thema nicht los. Er schrieb an das Bundesamt für Strahlenschutz und an das Bundesumweltministerium. „Die Antworten waren entweder inhaltslos oder ich erhielt gar keine.“ Doch im September vorigen Jahres konnte er sich Gehör bei Sebastian Edathy, dem Schaumburger Abgeordneten des Bundestages und stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, verschaffen. Edathy reiste nach Obernkirchen und hörte sich Nickels Erkenntnisse an. „Er fragte mich schließlich, ob ich vor dem Untersuchungsausschuss aussagen würde.“

Natürlich wollte er. „Das gibt mir doch nach fast 30 Jahren endlich die Möglichkeit, vor Menschen zu sprechen, die vielleicht etwas ändern können.“ Doch auch hier gibt es wieder Ungereimtheiten. Denn eigentlich sollte Nickel schon am 28. Oktober aussagen. Der Termin wurde jedoch abgesagt, als er sich schon in einem Fahrzeug des Bundestages auf der Autobahn befand, 150 Kilometer von der Heimat entfernt. Die SPD nennt die Absage des Ausschusses in einer Pressemitteilung „unbegründet und unzulässig“. Weiter heißt es: „Die heutige Vernehmung des Physikers Heinz Nickel wäre sicherlich eine sehr spannende Sache geworden. Er gilt laut Aktenlage als einer der wichtigen kritischen Wissenschaftler, der bereits Anfang der 1980er Jahre vor schnellen Entscheidungen für Gorleben gewarnt hat. [...] Wir hätten ihn heute gerne gefragt, warum? Doch das wollte offensichtlich die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrer Mehrheit verhindern.“ Besonders prekär: Am selben Tag, an dem der Untersuchungsausschuss so kurzfristig abgesagt wurde, hat der Bundestag den neuen Atomgesetzen zugestimmt.

Gefahr durch zu viel Wasser

- aus diesem Grund hält der Physiker Heinz Nickel Gorleben als Atommüll-Endlager für ungeeignet. ✨



Der Geophysiker und Salzstockexperte Heinz Nickel bei einem ZDF-Interview Foto: ZDF

Aschenputtels Prinz in Tschernobyl

Von Tobias Münchmeyer/ Greenpeace
Stv. Leiter der Politischen Vertretung

Behutsam setzt er zwei winzige Baby-Schühchen auf die Innenfläche seiner großen ausgestreckten linken Hand. Zuerst schmunzelt er, dann schüttelt er den Kopf und sein Blick wird ernst. Es ist 2 Uhr nachts und wir sind in einem Kindergarten in Kopatschi, zwei Kilometer vom Atomkraftwerk Tschernobyl. Der Schein unserer Taschenlampen tastet durch den Flur, durch das Spielzimmer, durch die Waschräume, bis in den Schlafraum, in dem Kumi die Baby-Schühchen in der Ecke gefunden hat. Verstaubt, aber fast ungetragen, „wie neu“. Dabei stehen sie dort schon exakt 25 Jahre.

Kumi Naidoo ist der Chef von Greenpeace International in Amsterdam. Spontan entschied er sich, mit vier Kollegen und mir in die Ukraine zu reisen, um der Tschernobyl-Opfer zu gedenken. Mit Hochleistungsprojektor und Diesel-Generator standen nur wir allein mitten in der Nacht 150 Meter vor dem AKW Tschernobyl und projizierten „No Nukes“ auf die Nordwand des Sarkophags. Exakt um 1:23 Uhr war hier

vor 25 Jahren der Reaktor Nr. 4 explodiert. Heute stimmten in genau dieser Minute wilde Hunde in der Umgebung ein lautes Geheul an. Wir erschrakten und unser ukrainischer Kameramann wollte darin ein mystisches Zeichen erkennen. Dann aber hörten wir ganz leise aus der Ferne eine Glocke läuten. In der Kirche von Tschernobyl, 12 Kilometer vom Kraftwerk entfernt, eröffnete der Moskauer Patriarch Kyrill gerade eine Gedenk-Messe. Die Hunde hatten kein Gespür für den historischen Moment – sie reagierten nur auf das Geläut.

Nach der Projektion wollten wir nur wieder möglichst schnell heraus aus der Zone und zurück nach Kiew, doch unser „Fremdenführer“ fragte, ob wir nicht noch den Kindergarten besichtigen wollten. Der Geigerzähler knatterte und rauschte laut im Gehölz vor dem Eingang, 3 Mikrosievert pro Stunde. Der Kindergarten ist eines der wenigen erhaltenen Häuser von Kopatschi. Die meisten anderen Gebäude wurden plattgewalzt und kleine gelbe Radioaktivitätszeichen auf langen Stangen stecken in den Schutthaufen und warnen: Dieses Dorf ist Atommüll. Eigentlich müsste das gesamte Dorf in Fäs-

ser gefüllt und zwischengelagert werden. Aber wem gehören die Schuhe? Der Besitzer – es sind eher blaue „Jungschuhe“ - muss heute 26 Jahre alt sein. Wenn er denn lebt. Wann ist er mit seinen Eltern evakuiert worden? Nach 35 Stunden wie die Menschen aus der nahen Stadt Pripjat? Oder erst Tage später wie die meisten Dorfbewohner? Lebt er in Kiew? Ist er gesund? Ist er krank? War sein Vater Liquidator? Denkt er

heute daran, dass er vor 25 Jahren sein Dorf verloren hat, das Dorf Kopatschi, das nicht mehr ist, das eigentlich in Fässern zwischengelagert werden müsste?

An der Wand im Spielzimmer hängen verwitterte Zeichnungen mit Märchenfiguren. Aschenputtel. Kumi befühlt vorsichtig die Schühchen. Fast wie der Prinz, der Aschenputtel sucht. Aber er wird den Besitzer der Schuhe niemals finden. ✨

Erinnerungen für die Zukunft Bilder erzählen Geschichte(n)

Seit mehr als 20 Jahren begleiten Ingrid und Werner Lowin den Widerstand im Wendland mit ihren Kameras und ihren Herzen. Ein aussergewöhnliches, 183 Seiten starkes Zeitdokument ist dabei entstanden.

Mit ihren Bildern zeigen sie die Schatten eines drohenden Atom- und Polizeistaats, sie wollen damit aber vor allem dem kreativen Widerstand ein Gesicht geben.

Gorleben XXL
Ingrid und Werner Lowin
Preis inkl. Versandkosten EUR 15.-

Buchbestellungen:
buero@bi-luechow-dannenberg.de
Fax: 05841-3197



Konsens im Wendland

Nationale Atommülldebatte statt Scheindialog



Bundesumweltminister Röttgen bei einer Werbeveranstaltung für sein Scheindialogangebot im Dezember 2010 in Hitzacker/ Elbe Foto: A.Conradt

Von Wolf-Rüdiger Marunde
Bäuerliche Notgemeinschaft

In atemberaubenden Manövern durchkreuzt die Berliner Regierung die atompolitische Landschaft, während aus allen Büschen Jahreszahlen und angebliche Kosten um Ausstiegsszenarien knatternd in die Luft geschossen werden. Im Getümmel um die „Neubewertung der Atomenergie“ übersehen nahezu alle Verantwortlichen eine der wichtigsten Fragen: Was machen wir mit dem Atommüll?

Bekanntlich planten alle Bundesregierungen der letzten drei Jahrzehnte, die hochradioaktiven Abfälle zwischen Gasblasen und durchlöcherter Deckgebirge im „sumpfigen“ Salzstock von Gorleben-Rambow zu versenken. Auch die jetzige Regierungskoalition verfolgt dieses Projekt alternativlos weiter. Schon lange vor dem japanischen GAU forderten deshalb die Antiatomaktivist/innen im östlichen Niedersachsen einen Neustart in der Atommülldebatte. Ende des Jahres 2010 einigten sich mit Ausnahme der CDU praktisch alle politischen Kräfte des Wendlandes auf eine gemeinsame Haltung. Die vertreten sie seitdem gemeinsam gegenüber den Regierungen in Hannover und Berlin. Zu diesem „Schulterschluss“ gehören außer den im Kreistag vertretenen Parteien SPD, Unabhängige Wählergemeinschaften (UWG), Grüne, Grüne Liste Wendland (GLW) und FDP auch Gewerkschafts- und Kirchenvertreter, Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiative Umweltschutz über Bäuerliche Notgemeinschaft bis BUND und NABU, die Rechtshilfe Gorleben und die Familie von Bernstorff als Grundbesitzer über dem Salzstock. Dazu einige Abgeordnete aus überregionalen Parlamenten. Ihr Coming-Out hatte die „Schulterschluss“-Runde bei einer Pressekonzferenz zum Überraschungsbesuch des damaligen Umweltministers Röttgen im Wendland. Der war im Dezember 2010 eigens angereist, um für seinen „Gorleben-Dialog“ zu werben. Er wollte die starke Anti-Atom-Bewegung der Region in die „Endlagererkundung“ einbinden und eine Beteiligung der Öffentlichkeit bei der „Endlagersuche“ vorspiegeln. Aber Röttgen wurde schlicht ignoriert, von allen, ausgenommen der CDU. Aber

der Minister ließ nicht locker. Einen Monat später kündigte er sein Erscheinen im Kreistag von Lüchow-Dannenberg an. Also traf sich auch die „Schulterschluss-Gruppe“ wieder und formulierte einen offenen Brief an den Minister.

... keinen Scheindialog ...

Zentrale Aussage: „Wir wollen keinen regionalen Scheindialog, sondern eine nationale Atommülldebatte!“ Sie benannte mehrere Voraussetzungen, die diese Debatte erfüllen muss.

Unter anderem:

- Alle Entscheidungen, die seit Beginn der Endlagervorbereitungen willkürlich in Deutschland getroffen worden sind, müssen überprüft und neu bewertet werden: Wirtsgestein, Rückholbarkeit, Verzicht auf eine systematische vergleichende Endlagersuche an mehreren Standorten, Sicherheitsanforderungen und vieles mehr.

- Die Abschlussberichte der Untersuchungsausschüsse zur Asse und zu Gorleben liefern dazu wichtige Grundlagen. Sämtliche Akten zur Endlagerung aus allen beteiligten Ministerien, Forschungseinrichtungen und Firmen sind schonungslos zu veröffentlichen. Die Kompetenz und Glaubwürdigkeit der Beteiligten, die zu Asse und zu Gorleben Verantwortung tragen, müssen überprüft werden.

- Die Instrumente und Regeln einer nationalen Debatte zum Umgang mit dem Atommüll werden zwischen Regierung, Parlamenten und Bürgern in einem transparenten Verfahren gemeinsam festgelegt. Danach, so die „Schulterschluss-Gruppe“, müsse eine Suche nach der geeigneten Lagerung des Atommülls neu gestartet werden.

Minister Röttgen antwortete nicht. Stattdessen legte das Bundesumweltministerium im März seine dritte Leimrute aus: Die Parlamentarische Staatssekretärin Heinen-Esser versuchte, einzelne Gruppen aus dem Schulterschluss herauszubrechen. Aber mittlerweile funktionierte die Verständigung untereinander gut, niemand war zu Einzelgesprächen bereit. Stattdessen lud die Gruppe Frau Hei-

nen-Esser zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung zur Atommüllfrage ein. Trotz der Unterschiede in der politischen Grundhaltung seiner Mitwirkenden hat der „Schulterschluss“ das politische Leben im Wendland bereits verändert. Zumeinen hat eine Kommunikation zwischen den regionalen Gruppen entwickelt, die es in dieser Qualität vorher nicht gab. Zum anderen hat er mit dem „Offenen Brief“ an Minister Röttgen eine gemeinsame Plattform zustande gebracht: Einen „Wendland-Konsens“ zur Atommüllfrage, mit einer ausführlichen Begründung der eigenen Forderungen und einem Vorschlag, wie man zu einem nationalen Konsens in der Atommüllfrage kommen könne. Allerdings ist die Thematik komplex. Außerhalb des Wendlandes ist die dreißigjährige Geschichte des Gor-

Widerstand kostet...

Haste mal nen Euro?

Der Gorleben-Dialog Norbert Röttgens (CDU) kommt nicht voran, weil sich wichtige Akteure weigern, an einem Scheindialog mitzuwirken. Gorleben sollte Endlager werden, von Anfang an, da machen wir nicht mit. Aber Achtung: Behördenmühlen mahlen langsam, aber stetig – Schritt für Schritt arbeiten die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) sowie die Tochter des Baukonsortiums in Gorleben, die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern

leben-Prozesses mit all ihren Tricks, Machenschaften und Manipulationen weitgehend unbekannt. Nur wenige wissen, welche Organisationen, Firmen, Institute und Fachleute für die beiden koordinierenden Ministerien für Umwelt und Wirtschaft an dem gemeinsamen Ziel arbeiten, ein „Endlager“ für Atommüll im geologisch ungeeigneten Salzstock von Gorleben-Rambow juristisch abzusichern. Und wie weit sie dabei schon gekommen sind.

Auch viele Journalist/innen erliegen daher leicht der Versuchung, den Beteuerungen der Regierung, die Endlagersuche sei „ergebnisoffen“, Glauben zu schenken und die Kritik der Atomgegner/innen als Verschwörungstheorien abzutun. Das wird nun schwieriger, denn den unterschiedlichen Gruppen und Menschen im „Schulterschluss“ kann man unmöglich gemeinsame ideologische Verbohrtheiten unterstellen. Zumal sie den ganzen Sachverstand und vor allem die Legitimität eines breiten, tief in der Region verwurzelten Bürger/innen-Bündnisses zur Geltung bringen. Die Pro-Atom-Haltung im Wendland wird dagegen nur noch von der allmählich zerbröselnden Kreis-CDU und dem Samtgemeinderat Gartow-Gorleben vertreten. Letzterer ist bekanntlich seit langem durch Akzeptanzgelder und üppige Gewerbesteuer der Atomindustrie korrumpiert.

Dennoch bleibt die Abstimmung zwischen den „Schulterschluss“-Mitwirkenden mühsam. Das kann in einem solchen Kreis auch nicht anders sein. Aber die Mühe hat sich gelohnt: Der „Gorleben-Dialog“ des Bundesumweltministers liegt im Dämmer-schlaf, im Wendland mag kaum jemand die Bauarbeiten für ein Atommülllager im Salzstock begleiten. Und auf der Internetseite „Gorleben-Dialog“ des Ministeriums haben sich überraschend viele Techniker und andere Fachleute gemeldet, die dort offenbar auch kritische Einwände loswerden wollen. Wenn es wirklich noch kommt, das Internetforum „Gorleben-Dialog“, dann wohl nur stramm zensiert.

... Das wendländische Bündnis ...

Nach fast einem halben Jahr hat sich der „Schulterschluss“ als überraschend stabil erwiesen. Ob SPD und Grüne ihn verlassen werden, wenn ihre Parteien die Bundesregierung übernehmen, ist eine spannende Frage.

Ich würde darauf wetten, dass das wendländische Bündnis hält. ✨

für Abfallstoffe mBH (DBE), die DBE Tec, an einer „vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“ im Auftrag des Bundesumweltministers. Von wegen „vorläufig“: Unbeeindruckt von der Debatte um Fukushima, denn diese Behörden kennen kein Innehalten, sie kennen nur ein Ziel: Sie wollen Gorleben als Endlager. – Wir brauchen wissenschaftlichen Rat und Gegenexpertise. Um uns gegen GRS, BGR und DBETec und Co. behaupten zu können. Das ist nicht für umsonst zu haben. Wir sind für unsere „Unsicherheitsanalyse Gorleben“ dringend auf Spenden angewiesen. Konto... Stichwort „Unsicherheitsanalyse“. Jeder Betrag ist willkommen, wenn viele kleine Leute spenden, schlagen wir die Großen.

BI-Aktiv	BI-Intern	BI-Demo	BI-Info	BI-Aktion
----------	-----------	---------	---------	-----------

Wir treiben's voran!
Aktionen, Demos, Politik

Bitte spendet an: BI Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Lüchow, Kto.: 44060721, BLZ: 25850110

Rosenstraße 20 × 29439 Lüchow × Tel.: 05841 4684 × Fax: 05841 3197
www.bi-luechow-dannenberg.de × buero@bi-luechow-dannenberg.de
Spendenkonto: 44 060 721 × BLZ: 258 501 10 × Sparkasse Lüchow

„Die Ruhe auf dem Lande ist oft stille Wut“

Die Rede des Schriftstellers Nicolas Born in Gorleben 1977

„Liebe Freunde, wer uns entsorgen will, den wollen wir stilllegen! Vorläufig sind wir darauf angewiesen, uns unsere Sorgen nicht nehmen zu lassen. Ein industriell erzeugtes Vernichtungspotential soll unter Acker- und Waldboden endgelagert werden. Eine Wiederaufbereitungsanlage soll die Grundlage sein für den Bau zahlreicher weiterer Atomreaktoren. Kurze und langfristige Risiken für Gesundheit und Leben von Mensch, Tier und Pflanze werden von den Betreibern und ihren politischen und wissenschaftlichen Beihelfern bewusst oder leichtfertig in Kauf genommen.

Der Preis, den wir und unsere Nachkommen dafür zahlen müssen, interessiert sie nicht; sie interessiert der Strompreis und die Möglichkeit, die Spitze der atomaren Weltmächte zu bilden. Manchmal frage ich mich, ob sie schon allesamt wahnsinnig geworden sind. Man sieht und hört sie von den Bildschirmen und Podien herunter schwärmen. Sie befinden sich offen-



bar im nuklearen Fortschrittsrausch. Wann begreifen all diese Betreiber endlich, dass sie zu einem Sicherheitsrisiko geworden sind? Wann begreifen sie, dass der wahre Fortschritt heute darin besteht, solch eine sorglose und gewissenlose Praxis zu stoppen, zu stoppen, meine Freunde, zu stoppen. Industrielle Betreiber in Verbindung (um nicht zu sagen Verfilzung) mit politischen Betreibern, das kann zu einer Kriegserklärung an die eigene Bevölkerung führen. Etliche gewählte Volksvertreter glauben sich offenbar mit einem imperativen Mandat ausgestattet, nicht in unserem Dienst, sondern im Dienst der Betreiber. Mit welchen Phrasen füttern sie uns denn? Hier ein paar Kostproben, wie sie jeder von uns täglich angewidert wieder ausspuckt, von maßgeblichen Sprechern ihrer Parteien: 1. Klares ja zum Ausbau der Atomenergie unter größtmöglicher Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Bevölkerung. 2. Die Sicherheit muss gewährleistet sein, aber ohne Kernenergie geht es nicht. 3. Gebaut wird nur, wenn alle Sicherheitsauflagen erfüllt werden können, aber gebaut wird. Es waren nur drei Kostproben, und jeder kann sie, wenn er kann, der richtigen Partei zuordnen. Kann ein Volksvertreter seine Volksverachtung noch deutlicher ausdrücken? Kann ein solcher seine extremistischen Neigungen noch deutlicher zugeben? Und die nennen wir gefährliche Opportunisten! Welche gesellschaftliche Institution verdient denn noch unser Vertrauen? Die Kirchen? Wohlan, Kirchen, handelt ihr wenigstens eindeutig und gewissenhaft! Die Gewerk-

schaften? Noch weigere ich mich, die Hoffnung aufzugeben. Obwohl der Vorsitzende der IG Bau Steine Erden vor ein paar Tagen weitere Reaktorbauten gefordert hat mit dem Argument der Arbeitsplätze. Und was kommt danach dran? Solch einen Mann nennen wir entweder dumm oder verlogen! Alle tun nur ihre Pflicht, auch die Rattenfänger der Atomindustrie, die mit teuersten Public-Relations-Mitteln ein schnell wirkendes Gift besitzen. Sie versprechen Geld und Arbeitsplätze. Von solchen Arbeitsplätzen hält man sich besser fern, und das Geld-

schaftet ein schwindelndes Bestechungsklima; sie haben es übrig, weil der Staat im Atomfall vom Verursacherprinzip abgegangen ist auf unsere Kosten! Wir dürfen uns unseren Widerstand, auch den emotionalen, schon leisten. Unsere Emotionalität ist das Beste, was wir haben gegen schiereres Geld- und Machtinteresse. Unsere unglücklichen Gefühle und Ahnungen, unsere Sorge und unsere Angst sind zugleich auch

unsere Kraft, und die lassen wir uns nicht versachlichen. Unsere Sorgen, wer macht sie sich sonst? Unsere Freiheit, wer will sie sonst? Den Betreibern liegt der Zuwachs am Herzen, der hemmungslose und gewissenlose Zuwachs ihrer Macht und Dividenden, auch wenn bald nichts mehr wächst außer dem Zuwachs selbst. Wir brauchen Energie, vor allem unsere eigene Gefühls- und Verstandesenergie, wir brauchen sie für einige Jahre Widerstand gegen die Betreiber und Programmierer und ihre hilfswilligen Lockkartenexistenzen. Einige Jahre, Brüder und Schwestern, und unsere Nachkommen werden es uns 24 000 Jahre lang danken, denn so lange mindestens dauert die Wirkung jener Herrschaften mit der ungeheuren Ausstrahlung“.

Der Schriftsteller Nicolas Born lebte in Langendorf direkt an der Castorstrecke. Er starb 1979 und ruht auf dem Friedhof Damnatz.

Aus dem Netz gefischt

- bi-luechow-dannenberg.de
- gorleben-archiv.de
- gorleben-castor-2011.de
- contratom.de
- x-tausendmalquer.de
- bauerliche-notgemeinschaft.de
- castor.de
- ausgestrahlt.de
- atomausstieg-selber-machen.de
- lichtblick.de
- publixviewing.de
- greenpeace.de

Anti-Atom-Kalender

für die Republik Freies Wendland und ideelle Anrainerstaaten

Von Kerstin Rudek
Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e.V.

Sofortvollzug des Bundesumweltministers Röttgen, im Drei-Schicht-Betrieb, 24 Stunden an jedem Werktag!

Die Sonntagsspaziergänge haben nun die 80 Mal Marke geknackt. Jeden Sonntag spazieren Menschen in würdiger Wut einmal rund um den Schwarzbau. Anschließendes Kaffeetrinken und politischer Meinungsaustausch inklusive. Neben unzähligen Demonstrationen und Aktionen, der Teilnahme an den Großmanifestationen in den angrenzenden Großstädten, zurzeit im 4-Wochen-Rhythmus, haben wir uns drei weitere Ereignisse in den Stundenplan des laufenden Jahres geschrieben: Mitte Juni wollen wir „Gorleben versalzen“, im August das „Fest zum Protest“ feiern und im November dem geplanten Castortransport vielfältig und entschlossen entgegenzutreten.

Unsere Aktivitäten rund um Gorleben

Von Pfingsten bis mindestens zum 17. Juni laden wir zu einem Camp und entschlossenen Aktionen in der Nähe der Gorlebener Atomanlagen ein. Bei einer Dauermahnwache soll den Plänen und der konkreten Fertigstellung eines Endlagers in Gorleben ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Vom 12.-14. August findet in Gedelitz bei Gorleben das dritte „Fest zum Protest“ statt. Zahlreiche Bands, die uns freundschaftlich verbunden sind, freuen sich auf das gemeinsame Feiern des Widerstandes. Ein Kinderzelt, eine Cocktailbar im Doppeldeckerbus, ein Zeltplatz und weitere Nettigkeiten sind in Planung. Last but not least der bereits beantragte CASTOR 2011, der laut Röttgen „frühestens in der zweiten Novemberhälfte“ unter Beugung jeglicher rechtsstaatlich verbrieften BürgerInnenrechte nach Gorleben gepeitscht werden soll. Vorsicht bei der Termin- und Urlaubsplanung: was gilt ein Ministerwort heutzutage?

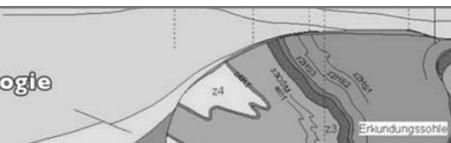
Die Situation

Bei der aktuellen Debatte um die (Un-)Sicherheit von Atomkraftwerken muss auch die Frage nach der (Un-)Sicherheit von Atommülllagerung gestellt und diskutiert werden. Ein entscheidender Punkt ist die Neuerstellung von Sicherheitskriterien für die Atommülllagerung! Denn in jedem einzelnen der 102 Castorbehälter, die in der Leichtbauhalle Gorleben, dem so genannten Zwischenlager stehen, steckt das 200-fache radioaktive Inventar der kompletten Asse! Der Schwarzbau Gorleben, das so genannte Erkundungsbergwerk, das von allen Regierungen herbeigesehnte Endlager Gorleben, ist zu 90 % fertig gebaut. Unter Ausschluss und ohne jede Beteiligung der Öffentlichkeit. Seit November 2010 wird nach 10 Jahren Baustopp kräftig weitergebaut: Per

Wir stellen eine Plattform für Protest und Widerstand gegen die skrupellose Atompolitik – kommt mit euren Ideen und Aktionen und tragt eure Meinung als Druck von unten auf Straße und Schiene. Wir stellen uns der Atomkraft in den Weg, zahlreich und entschlossen! Wir sind da, wo sie uns nicht haben wollen! Jetzt oder nie mehr: die Fata Morgana eines „Endlager Gorleben“ wie eine Seifenblase zerplatzen lassen!

INTERESSIERT

am Aufbau einer Fachgruppe Geologie
in der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg?
buero@bi-luechow-dannenberg.de



Ab sofort online: Die Website zur Mobilisierung gegen den Castortransport nach Gorleben im November. Zu erreichen ist die Seite unter www.gorleben-castor-2011.de



Bündnis
Hintergrund
Aktuelles
Termine

Mobi-Bus
Spenden
Unterstützen
Presse

Anreise
Infopunkte und Camps
Übernachten
Infos für Castor-Tage

Links
Kontakt
Impressum

YouTube
Facebook
Twitter

Intern

Castortransport 2011

Norbert Röttgen spricht von Dialog und Transparenz, outete sich aber im Schnelldurchgang als Basti-Politiker. Gorleben soll als Atommüll-Endlager ausgebaut werden, ohne Vorgespräche, allemallos, ohne eine formale rechtliche Beteiligung der Bevölkerung. „Das nennen wir institutionelle Gewalt“, kommentiert dieses Verhalten Wolfgang Ehmk, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI).

Als Reaktion wird es auch in diesem Herbst wieder bewegte und bewegende Tage im Wendland geben: Aus Protest gegen den strammen Atom-Kurs der Bundesregierung erwartet die BI im November erneut zehntausende Menschen zur Kundgebung in Sichtweite der Castor-Verladestation in Dannenberg. Tausende werden sich in den Tagen danach an den unterschiedlichsten Aktionen zum Stopp des Transports beteiligen. Erneut werden Kirchen und Gemeindehäuser, Camps und Privathaushalte Schutz und Wärme bieten und die auswärtigen Protestler willkommen heißen.

Atomstaat und Rechtsstaat beißen sich. Wenn der Castor rollt, bleibt die Demokratie auf der Strecke. Die Bürgerinitiative ruft deshalb erneut dazu auf, sich den Protesten im Wendland anzuschließen. „Wir rufen alle Menschen auf, sich im November auf den Weg nach Dannenberg, Gusbomb, Quickborn oder Gorleben zu machen, um mit den Füßen gegen den Atomkurs der Regierung abzustimmen. Schon im vergangenen Jahr wurde in Harlingen bei der Schienen-Sitzblockade von Tausenden von Menschen deutlich, dass mit vertretbaren politischen Mitteln der Castor-Transport nicht durchsetzbar ist. In diesem Jahr gibt eine weitere Chance: Wenn wir mit zehntausend Menschen auf die Strecke gehen, kommen sie mit Gorleben nicht durch.“

Nächste Termine
30.05.2011
Veranstaltung der Blauen
17.06.2011
Meeting der Orangen
07.08.2011
Dachverbandssitzung

Aktuelles
02.06.2010
A 39: Rastplätze größer?
02.06.2010
Prüfender Blick in die Erde
02.06.2010
B 190n ist erforderlich

Spenden
Über Spendenportal.de, das Spenden-Netzwerk für Deutschland, kann eine Spende an uns direkt vom Rechner aus getätigt werden. Hier geht's zur Online-Spende.

Ich abonniere die Gorleben Rundschau ab der nächsten Ausgabe

Bitte schickt mir

- jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)

Name:

Adresse:

Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugs-ermächtigung für mein Konto.

Kontonr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Datum:

Unterschrift:

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosentr. 20, 29439 Lüchow
Kto: Sparkasse Uelzen-Lüchow-Dannenberg BLZ 2 5850110, Konto: 0044060721
Das Abo gilt ein Jahr und kann jederzeit vor Ablauf gekündigt werden.

IMPRESSUM

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder. Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und Erneuerbare Energien einzubringen. Sie werden gerne veröffentlicht sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: A. Hagen, F. Behn, T. Koopmann, A. Conradt, R. Zedow;
Versand & Termine: L. Wente Bildmaterial: Umbruch-Bildarchiv, PubliXviewinG

BI Büro: Rosenstr. 20, 29439 Lüchow, Fon: 05841/ 4684, Fax: 05841/ 3197
buero@bi-luechow-dannenberg.de, www.bi-luechow-danneberg.de
Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15- 18 Uhr

NEU www.gorleben-castor-2011.de **NEU**